

mit einer von der Armee initiierten Rebellenoffensive im Sommer diesen Jahres in Kashmir die Kargil-Krise vom Zaun, die beinahe zu einem offenen Krieg zwischen Pakistan und Indien geführt hätte. Dies ist zumindest eine Sichtweise, die im Rückblick auf die jüngsten Spannungen zwischen den beiden Nuklearmächten in kritischen Kommentaren der pakistanischen Presse zu lesen war. Übrigens teilten die indische und die pakistanische Regierung in seltener Einmütigkeit diese Analyse der Konfliktgenese. Denn ganz offensichtlich war die Sharif-Administration noch nicht einmal darüber informiert worden, als die Armee für den Vorstoß in Kashmir grünes Licht gab.

Spätestens als dann Nawaz Sharif auf dem Höhepunkt der Kargil-Krise nach seinem spektakulären Canossa-Gang nach Washington ganz im Sinne der amerikanischen Regierung den sofortigen Rückzug sämtlicher Rebellen aus dem indischen Teil Kashmirs anordnete und damit in den Reihen der Militärführung auf öffentlich geäußerten Protest stieß, war die tiefe Kluft zwischen Zivilregierung und Armeespitze in zentralen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik nicht mehr zu verbergen. In Beobachterkreisen kursierten seitdem Spekulationen über eine baldige Ablösung

Musharrafs als Generalstabschef. Vor diesem Hintergrund war die am 29. September bekanntgegebene Entscheidung des Premierministers, die Amtszeit Musharrafs bis zum 6. Oktober 2001 um zwei weitere Jahre zu verlängern, eine große Überraschung. Auf diese Weise wolle man nachhaltig sämtliche Gerüchte über angebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung und Armee aus der Welt schaffen, hieß es da noch beschwichtigend in einer Presseerklärung aus dem Hause des Premierministers. Daß diese Erklärung nicht ihr Papier wert war, zeigte sich nur zwei Wochen später: Sharif nutzte eine Sri-Lanka-Reise seines Militäρχefs als scheinbar günstige Gelegenheit, um Musharraf doch noch zu entmachten. Mit dem kurzentschlossenen Konter seines sofort nach Pakistan zurückeilenden Opfers hatte der Politiker offenbar nicht gerechnet. Nur wenige Stunden nach der vermeintlichen Entlassung des unbequemen Generals war die Ära Nawaz Sharif Geschichte. Ob mit ihr gleichzeitig auch die Demokratie als Staatsform nach elfjährigem Intermezzo den Gang in die Geschichtsbücher antreten muß, wird sich bald zeigen. Die Entscheidung über diese Frage liegt jetzt ganz allein in den Händen von General Pervaiz Musharraf.

Bekämpfung der Kinderarbeit in Pakistan Erfolge und Rückschläge

von Ulrike Vestring

Kinderarbeit ist ein komplexes und globales Problem, das das Gewissen der ganzen Menschheit belastet. Es wird uns wahrscheinlich noch weit ins dritte Jahrtausend hinein verfolgen. Nach Schätzungen der UNICEF gibt es heute etwa 250 Millionen Kinderarbeiter im Alter zwischen fünf und vierzehn Jahren, und fast die Hälfte von ihnen lebt in Südasien. In Pakistan beträgt die Zahl der Kinderarbeiter nach amtlichen Angaben 3,6 Millionen, mehr möchte die Regierung nicht einräumen. Bedenkt man, daß wenigstens 30 Prozent der Menschen in Pakistan, also über 40 Millionen, unterhalb der Armutsgrenze leben, wobei die Hälfte von ihnen unter 16 Jahren alt sind, so muß die Zahl der arbeitenden Kinder um ein Vielfaches höher liegen. UNICEF spricht denn auch von zehn Millionen, die Pakistanische Menschenrechtskommission von 20 Millionen.

Zwar ist Armut die wichtigste Ursache für Kinderarbeit; reicht aber nicht aus, um zu erklären, daß Kinder arbeiten, anstatt zur Schule zu gehen. Für den einzelnen Armen mag es Umstände geben, die ihn zwingen, sein Kind zur Arbeit statt in die Schule zu schicken; Regierung und Gesellschaft können sich durch Berufung auf Armut nicht von der Schande der Kinderarbeit freisprechen.

Das Problem der Kinderarbeit wird in den Ländern des Südens und in westlichen Industriegesellschaften unterschiedlich wahrgenommen. Das zeigte beispielhaft der weltweite Marsch gegen Kinderarbeit, bei dem im Juni letzten Jahres Hunderte von Nichtregierungsorganisationen gemeinsam mit ehemaligen Kinderarbeitern aus aller Welt nach

Genf, zum Sitz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zogen, um ihrer Forderung nach einem Verbot der schlimmsten Formen der Kinderarbeit Nachdruck zu verleihen. In unseren Industriegesellschaften führten Berichte über die verbreitete Kinderarbeit, ein hierzulande auch noch nicht allzu lange überwundenes soziales Übel, zu einem milden Unbehagen. Eine große Zahl von Untersuchungen, Initiativen und Maßnahmen sollen gewiß nicht nur, aber auch dazu dienen, verletzte Gefühle und schlechtes Gewissen zu beschwichtigen. In den von Kinderarbeit geplagten Ländern geben die Eliten gerade erst zu, daß sie ein Problem haben. Daß sie und ihre Regierungen aber ernsthaft bereit wären, die Kinderarbeit wirksam zu bekämpfen,

ist bisher nicht zu erkennen. Zwar gibt es Gesetze genug, die Kinderarbeit verbieten. Ihre Durchsetzung stößt sich an den Interessen der Besitzenden.

Das neue ILO-Abkommen gegen die schlimmsten Formen der Kinderarbeit

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat schon in den zwanziger Jahren Abkommen initiiert, die Mindestalter vorschreiben und gefährliche Arbeiten für Kinder verbieten. In vielen armen Ländern wurde dies bisher nicht umgesetzt. Deshalb hat die ILO am 17. Juni 1999 ein neues Abkommen verabschiedet, das zur Abschaffung wenigstens der schlimmsten Formen der Kinderarbeit führen soll ('Worst Forms of Child La-

bour Convention 182').

Artikel III nennt vier Bereiche: erstens Sklaverei, Kinderhandel, Schuldknechtschaft, Zwangsarbeit und Zwangsrekrutierung; zweitens Kinderprostitution und —pornographie; drittens Beteiligung von Kindern am Drogenhandel; viertens Arbeiten, die Gesundheit, Sicherheit oder Sittlichkeit der Kinder gefährden.

Die Bedeutung des Abkommens liegt darin, daß es konkrete und unverzügliche Maßnahmen zur Durchsetzung dieser Verbote verbindlich vorschreibt. Es verpflichtet die Unterzeichner, Aktionsprogramme zu planen und durchzuführen. Hinweise dafür werden in einer begleitenden Empfehlung gegeben. Weil es sich realistisch auf besonders gravierende Formen der Kinderarbeit beschränkt und die Regierungen zu Aktionsprogrammen verpflichtet, ist es heute das fortschrittlichste juristische Instrument zur Bekämpfung der Kinderarbeit.

Als ILO-Mitglied hat auch Pakistan dem Abkommen zugestimmt. Nach Angaben des pakistanischen Außenministers Sartaj Aziz soll es bis Ende 1999 ratifiziert werden. Wird sich damit die Lage pakistanischer Kinderarbeiter bessern?

In Pakistan gibt es schlimmste Formen der Kinderarbeit

Ein Großteil der in Pakistan von Kindern zwischen fünf und vierzehn Jahren geleisteten Arbeit gehört zu den durch das neue Abkommen ab sofort verbotenen schlimmsten Formen. Schuldknechtschaft zum Beispiel ist besonders in der pakistanischen Ziegelindustrie weit verbreitet: Kinder arbeiten gemeinsam mit ihren Eltern, weil diese vom Arbeitgeber allzu gern gegebene Darlehen nicht zurückerzahlen können. Zwangsarbeit leisten Kinder auch in den im ganzen Land verstreuten kleineren Teppichknüpfereien, wo sie unter schwer gesundheitsschädlichen Bedingungen die Schulden ihrer Eltern abarbeiten. In Leibeigenschaft leben Millionen von Landarbeiterfamilien, besonders im südlichen Punjab und im Sindh, wo sie der Willkür ihrer Feudalherren auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sind. Kinderarbeit in ihrer schlimmsten Form findet sich auch bei der Lederherstellung, etwa in Kasur nahe der indischen Grenze, wo Kinder wie Erwachsene beim Gerben und Färben mit hochgiftigen Chemikalien ihre Gesundheit ruinieren.

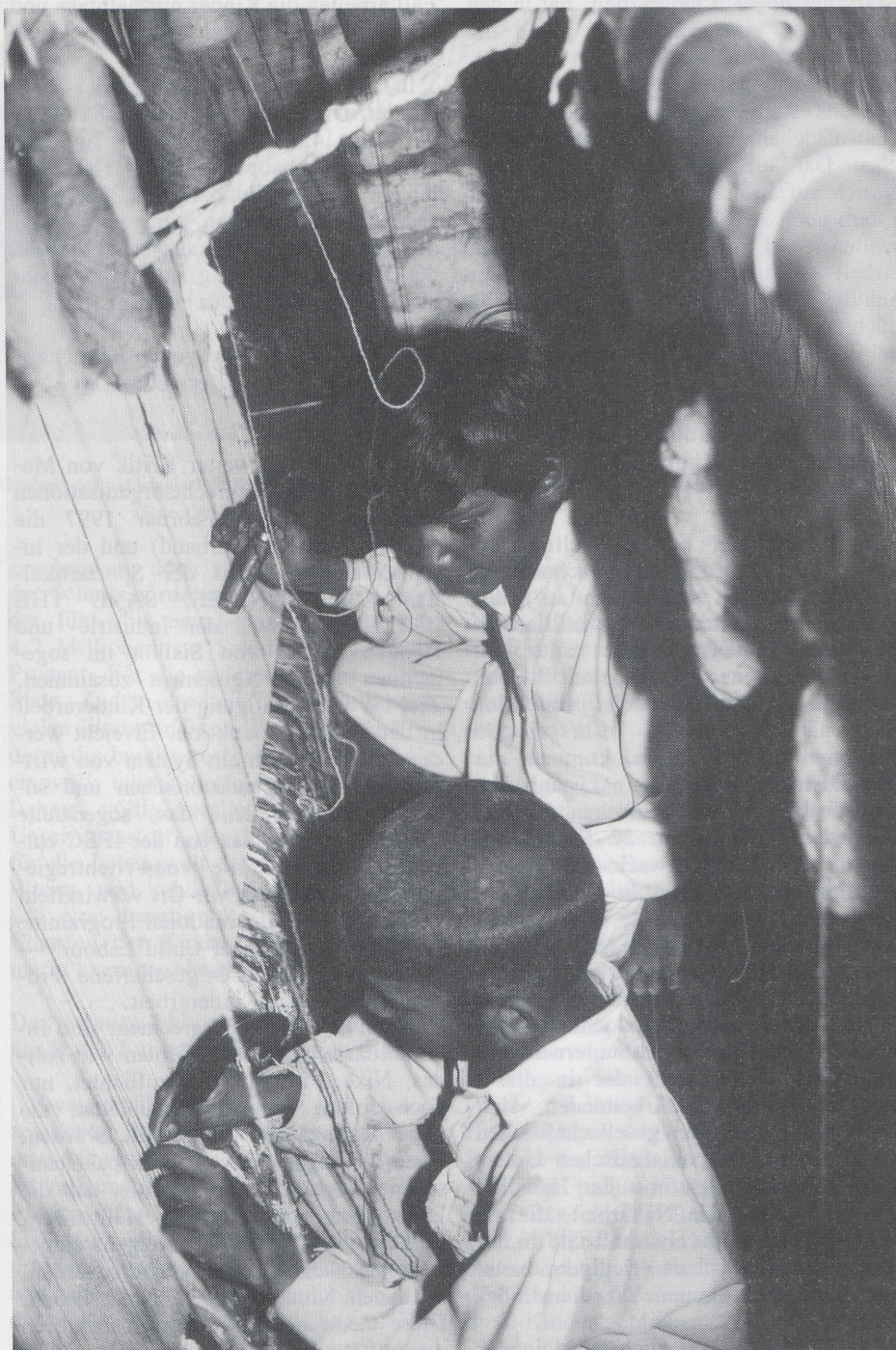
Millionen Kinderarbeiter im Abseits von Medieninteresse und Weltöffentlichkeit

Die meiste Kinderarbeit vollzieht sich auch in Pakistan nahezu unbemerkt. In Autowerkstätten, Restaurants und Tee-

stuben, auf Baustellen und in Kleinbetrieben — überall arbeiten Kinder in aller Öffentlichkeit als wohlfeile Arbeitskräfte, für die einheimische Gesellschaft ein gewohntes und damit kaum wahrgenommenes Bild. Und da in diesem informellen Sektor keine für den Export bestimmten Waren entstehen, gibt es von außen kaum eine Möglichkeit, Einfluß zu nehmen. Schutzlos sind diese Kinderarbeiter auch deswegen, weil gesetzlicher Arbeitsschutz und das Recht auf gewerkschaftliche Organisation in Kleinbetrieben und im informellen Sektor nicht zur Anwendung kommen.

Eine für die Betroffenen besonders schlimme Art der Kinderarbeit findet

praktisch im Verborgenen statt: in den Haushalten der bürgerlichen Mittelschicht. Während in den Häusern der Reichen meist mehrere Angestellte und oft auch ganze Familien arbeiten, können sich kleine Beamte und Angestellte angesichts steigender Lebenshaltungskosten einen erwachsenen Bediensteten oft nicht mehr leisten. Was läge näher, als sich ein Kind ins Haus zu nehmen, womöglich eines vom Lande, gelegentlich auch aus der weitläufigen Verwandtschaft. Die armen Eltern lassen sich gern einreden, daß jedenfalls dies eine ihrer zahlreichen Kinder in der Stadt sein Auskommen finden wird; von Lohn oder gar Schulbesuch ist nicht die Rede. Häu-



In Pakistan existieren vielfältige Formen der Kinderarbeit. Sie reichen von der Fußballherstellung bis zum Teppichknüpfen (Foto: Walter Keller)

fig werden Kinder, überwiegend Mädchen und im Durchschnitt elf Jahre alt, von ihren Eltern schlicht verpfändet — gegen ein dringend benötigtes Darlehen. Solche Haushaltssklavinnen sind ihren Arbeitgebern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Sie sind rund um die Uhr verfügbar und stehen allen Familienmitgliedern zu Diensten. Ohne den Rückhalt ihrer Familie müssen sie sich völlig allein in ungewohnter und oft unfreundlicher Umgebung behaupten. Wie sollen sie sich gegen ungerechte Behandlung oder gar Mißbrauch ihrer Arbeitgeber wehren? 'Anti Slavery International', die älteste Menschenrechtsorganisation der Welt und Mitinitiatorin des weltweiten Marsches gegen Kinderarbeit, hat in den Philippinen eine Kampagne gegen die Ausbeutung von Hausmädchen gestartet. In Islamabad will eine kleine NGO wenigstens stundenweise Schulbesuch für Hausmädchen im Grundschulalter erreichen. Daß auch diese Kinder einen Anspruch auf Bildung haben, sehen weder Eltern noch Arbeitgeber ein. "Die Eltern wollen Geld, die Dienstherrn wollen Arbeit — niemand will, daß wir zur Schule gehen", so lautete vor kurzem die nüchterne Bilanz einer elfjährigen Haushaltssklavin in einer hauptstädtischen Beamtenvilla.

Medienereignis Fußball-World Cup überschattet von skandalöser Kinderarbeit

Im Vorfeld der Fußball-Weltmeisterschaft 1998 erfuhr eine schockierte Weltöffentlichkeit, daß nahezu an jedem Ball, der im Zentrum dieses milliarden-schweren Medienspektakels rollte, der Makel verbotener Kinderarbeit klebte. Über 70 Prozent der Weltproduktion handgenähter Fußbälle, mehr als 35 Millionen Stück jährlich, kommen aus dem Distrikt Sialkot im pakistanischen Pandschab nahe der indischen Grenze. Für jeden Ball werden 32 Kunstlederstücke mit 18 m gewachstem Nylonzwirn in siebenhundert Stichen zusammengenäht. Da man außer einem einfachen hölzernen Bock und Nadeln keine Werkzeuge benötigt, arbeiten die meisten Näher zuhause; die maschinell zugeschnittenen und vorgelochten Teile werden von kleinen Subunternehmern angeliefert. 58 Prozent der in dieser "cottage industry" Arbeitenden sind Frauen, die nach den gesellschaftlichen Vorstellungen der pakistanischen Unter- und Mittelschicht kaum außer Haus arbeiten könnten. Die Nährarbeit, die sie neben der Arbeit im Haushalt und in der kleinen Landwirtschaft erledigen, bietet ihnen eine willkommene Verdienstmöglichkeit.

Daß Kinder, die ja auch sonst in der Familie Pflichten haben, beim Fußball-

nähen mitarbeiten, ist natürlich. Als Fünf- und Sechsjährige wachsen sie das Kunststoffgarn und schneiden es in passende Länge. Etwas später lernen sie, zunächst immer drei Kunstlederstücke zusammenzunähen und schließlich mit elf, zwölf Jahren halbe Bälle. Ein aus-gelernter, geübter Kinderarbeiter kann an einem acht- bis zehnstündigen Arbeitstag zwei Bälle fertigen, ein Erwachsener bringt es auf drei.

Der Nählohn für einen Ball in Exportqualität beträgt knapp 1,50 DM, das sind weniger als fünf Prozent des Endpreises. Eine Familie, die von der Fußballherstellung lebt, ist auf die Mitarbeit der Kinder angewiesen. Im günstigsten Fall arbeiten die Kinder nur halbtags und schaffen es, neben der Arbeit zur Schule zu gehen.

In Sialkot sind es angeblich 7.000 Kinder. Die Zahl der erwachsenen Näher wird mit 42.000 angegeben. Andererseits wird behauptet, 75.000 Haushalte lebten von der Fußballproduktion. Die Zahlen widersprechen einander. Trotzdem muß man davon ausgehen, daß an der Fußballherstellung in Sialkot mehr als zehntausend Kinder beteiligt sind.

Das IPEC-Programm gegen Kinderarbeit bei der Fußballherstellung in Sialkot

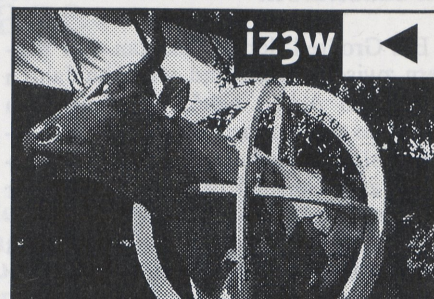
Angesichts weltweiter Kritik von Medien und Menschenrechtsorganisationen schlossen sich im Februar 1997 die FIFA (Weltfußballverband) und der internationale Verband der Sportartikel-firmen mit UNICEF, SAVE THE CHILDREN sowie der Industrie- und Handelskammer von Sialkot im sogenannten Atlanta-Agreement zusammen. Ziel ist die Beseitigung der Kinderarbeit in der Fußballproduktion. Erreicht werden soll das durch ein System von wirtschaftlichen, organisatorischen und sozialen Maßnahmen, das sogenannte 'Sialkot-Project', das von der IPEC entwickelt und mithilfe von Nichtregierungsorganisationen vor Ort verwirklicht wird. IPEC — 'International Programme for the Elimination of Child Labour' — ist das von der ILO geschaffene Programm gegen die Kinderarbeit.

Durch das Atlanta-Agreement sind internationale Sportartikel-firmen wie Adidas, Nike, Puma u. a. verpflichtet, nur noch solche Fußbälle anzubieten, die ohne Kinderarbeit hergestellt wurden. Dazu verlangen sie von ihren pakistanischen Lieferanten die Garantie, daß die Bälle nicht wie bisher in Heimarbeit, sondern in mit IPEC-Hilfe eigens eingerichteten Nähzentren produziert werden, zu denen Kinder keinen Zutritt haben. Diese Zentren werden von Inspektoren im Auftrag der IPEC überwacht. Nach erfolgter Kontrolle stellt die Industrie-

und Handelskammer von Sialkot den pakistanischen Produzenten eine Bescheinigung aus, mit der sie ihren ausländischen Partnern nachweisen, daß die von ihnen angebotenen Bälle "kinderfrei" sind.

Bis September dieses Jahres hatten sich nach Angaben der ILO 50 pakistanische Firmen, die zusammen einen Anteil von 70 Prozent am gesamten Fußballexport haben, dem Programm angeschlossen. Sie lassen 85 Prozent ihrer Produktion in den 600 Nähzentren herstellen, in denen 13.000 Arbeiter tätig sind. Bis zum Mai dieses Jahres hatte IPEC in diesen Zentren über 6.000 Inspektionen durchgeführt. Die von den Partnern des Atlanta-Agreements gemeinsam getragenen Kosten betragen bisher über drei Millionen Dollar.

Aber wir sind in Pakistan! Ähnlich wie die Teppichherstellung ist die Fußballproduktion in Sialkot auf eine Unzahl von Unternehmern, Subunternehmern und Kleinstproduzenten verteilt — ein kaum überschaubares und für Inspektoren undurchdringliches Dickicht. Schon munkelt man, daß es "Kinderfrei"-Bescheinigungen zu kaufen gibt, zu Schwarzmarktpreisen... Für männliche Arbeiter, die bisher gewohnt waren, die Nährarbeit zu Hause oder in



Kuhhandel des Jahrtausends?

Sonderheft zur »millennium round« der Welthandelsorganisation WTO

Themen unter anderem:

- ▶ **Weltmarkt & Freihandel**
Neoliberal ins 3. Jahrtausend
- ▶ **Patentierete Gene**
Wem gehört die Saat?
- ▶ **Internationaler Agrarhandel**
Soja, Vieh & Milch
- ▶ **Dienstleistungen** — Offene Märkte, geschlossene Gesellschaft

52 Seiten, DM 6,-

erscheint im Oktober '99, Bestellung bei:

iz3w ▶ PF 5328 · D-79020 Freiburg
Fon (0761) 740 03 · Fax 70 98 66
E-Mail: iz3wfreiburg@t-online.de
Internet: <http://www.iz3w.org>

KNOWLEDGE IS OUR CAUSE

توری کو کلبند اتنا کہ ہر تقدیر سے پہلے
خدا بندے سے توری چھے بتا تیری رضا کیا ہے۔



Parole auf einer Schulmauer - Leider geht der Großteil der pakistanischen Kinder nicht oder nicht regelmäßig zur Schule, weil sie arbeiten müssen
(Foto: Walter Keller)

unmittelbarer Nähe und nach eigenem Zeitplan zu verrichten, bedeutet die Bindung an ein womöglich weit entferntes Nähzentrum zusätzlichen Aufwand an Zeit und Geld. Die Frauen, denen es die restriktiven Traditionen verbieten, außer Haus zu arbeiten, haben ihren bescheidenen Zusatzverdienst verloren. So bezahlen die ohnehin miserabel entlohnten Näher und Näherinnen im entlegenen pakistanischen Sialkot für das gute Gewissen der Fußball-Fans in aller Welt.

Schulbesuch statt Kinderarbeit — Ausbildung statt Ausbeutung

Die soziale Komponente des IPEC-Programms setzt auf Prävention und Rehabilitation der Kinderarbeiter. Deshalb versucht IPEC mithilfe einer lokalen NGO, 'Bunad Literacy Community Council', die in der Fußballproduktion tätigen Familien zu bewegen, ihre Kinder zur Schule zu schicken. Kindern, die bereits arbeiten, bietet 'Bunad' eine zweijährige informelle Basisausbildung in sogenannten 'Umang Taleemi Centres' an, für die eigens Lehrer ausgebildet werden.

Übrigens ist der Grundschulbesuch in der Provinz Punjab zwar gesetzlich vor-

geschrieben; doch gehen nach Angaben der Schulbehörde von den elf Millionen der fünf- bis neunjährigen Kinder nur 4,2 Millionen zur Schule, das sind 38 Prozent. Für die anderen gibt es keinen Platz. Zudem erscheint der Schulbesuch vielen Eltern und vor allem solchen Kindern, die bereits gearbeitet haben, wenig sinnvoll: unmotivierte oder gewalttätige Lehrer, völlig veraltete Lehrmethoden, Unterrichtsstoff, der kaum relevant ist für die Lebenswelt der Kinder und ihrer Eltern, und schließlich die Erfahrung, daß eine derartige Schulausbildung die Chancen der Kinder auf dem Arbeitsmarkt kaum verbessert.

Das Atlanta-Abkommen und die Realität der Fußballherstellung in Sialkot

Zweieinhalb Jahre nach der Unterzeichnung des Atlanta-Abkommens muß man das von der ILO, den großen Sportartikelfirmen und den pakistanischen Produzenten gemeinsam getragenen Sialkot-Projekt mit großer Skepsis beurteilen. Zwar gibt es Erfolgsmeldungen und internationale Anerkennung, z. B. durch den US-Präsidenten Clinton. Die Realität vor Ort sieht anders aus: es ist zweifelhaft, ob die als "kinderfrei" de-

klarierten Bälle wirklich alle aus den inspeziierten Nähzentren stammen, von denen Kinder ausgeschlossen sind. Was machen denn nun die Kinder, die nicht mehr arbeiten dürfen, und ihre Eltern, deren Familieneinkommen sich dadurch verringert hat?

Es mag zynisch klingen, wenn man sich angesichts dieser für arme Familien dramatischen Auswirkungen damit tröstet, daß die von den Partnern des Atlanta-Abkommens geplanten und angeblich durchgeführten Kontrollen mit Sicherheit nicht geeignet waren, die Kinderarbeit in Sialkots Fußballindustrie zu beseitigen. Welche Kontrollen könnten den in einem Nähzentrum arbeitenden Familienvater hindern, sich weiterhin von Frau und Kindern in Heimarbeit zu arbeiten zu lassen, damit er die Familie weiter ernähren kann? Nach neueren ILO-Angaben werden inzwischen 93 Prozent der Bälle in Nähzentren hergestellt; den pakistanischen Arbeitsminister führt das zu der Behauptung, daß 93 Prozent der Kinderarbeiter aus der Fußballproduktion herausgenommen wurden. Und wenn dem so wäre, wo sind diese Kinder geblieben?

Mit den von der ILO veröffentlichten Erfolgszahlen setzt sich u.a. 'The Inter-

national Labor Rights Fund' (ILRF) kritisch auseinander. Auf Grund eines detaillierten ILRF-Berichts vom Februar 1999 haben in den Vereinigten Staaten Menschenrechtsorganisationen gemeinsam mit Sportartikelimporteuren, die sich gegen die mit Kinderarbeit hergestellten Billigangebote ausländischer Konkurrenten wehren, die Regierung zum Handeln aufgefordert. Zur Vorbereitung eines Importstops für alle Waren, die mit Kinderarbeit hergestellt werden, wird das amerikanische Arbeitsministeriums noch diesen Monat eine entsprechende Liste vorlegen. Fußbälle aus Sialkot könnten darauf stehen. Auch wenn man bezweifeln kann, daß solche Einfuhrverbote den Kinderarbeitern nützen, zeigt die Kritik aus den USA, daß Zweifel an der Wirksamkeit des aufwendigen und von großer Publizität begleiteten IPEC-Programms in Sialkot angebracht sind.

Bessere Löhne für Erwachsene sind ein wirksames Mittel gegen Kinderarbeit

Auf diesem Gedanken beruht das Programm 'Fair Pay — Fair Play', das die 'Gesellschaft für Partnerschaft mit der Dritten Welt' (gepa) gemeinsam mit ihren europäischen Partnerorganisationen seit 1998 in Sialkot verfolgt. Die gepa und ihre Schwesterorganisationen CLARO (Schweiz), FTO (Niederlande), FTO (Italien) und Tradecraft (Großbritannien) sind damit bekannt geworden, daß sie vor allem tropische Landwirtschaftserzeugnisse wie Kaffee, Tee, Kakao, Orangensaft, Bananen zu 'fairen Preisen' vermarkten. Die Waren werden von den meist genossenschaftlichen Erzeugern ohne Zwischenhändler bezogen, die ihren Arbeitern dafür bessere Löhne zahlen. Inzwischen hat die gepa auch anderes als Lebensmittel im Angebot, u.a. Fußbälle aus Sialkot.

In Sialkot bekämpft die gepa, die in Sachen Fußbälle für ihre europäischen Partner handelt, die Kinderarbeit dadurch, daß sie den erwachsenen Näherinnen und Nähern höhere Löhne zahlt und ihnen ein soziales Sicherungsprogramm mit mehreren Komponenten anbietet. Finanziert wird das Ganze dadurch, daß gepa-Bälle europaweit einen Dollar mehr kosten, das sind zwei bis drei Prozent vom Endpreis. Der gepa-Partner vor Ort, der Sportartikelproduzent 'Talon Sports', garantiert die kinderfreie Herstellung der Fußbälle in eigenem von ihm errichteten Nähzentrum. Die gepa kontrolliert durch einen unabhängigen Inspekteur. Der Anreiz für die erwachsenen Arbeiter besteht in einem rund 30 Prozent höheren Stücklohn. Statt 1,50 DM pro Ball erhalten sie 2,10 DM.

Der ganzheitliche Ansatz der gepa ist gut durchdacht und scheint erfolgreich zu sein. 1998, im Jahr der Fußballweltmeisterschaft, konnte die gepa 100.000 Bälle verkaufen, 1999 etwas weniger — jetzt hofft man auf die nächsten Europameisterschaften. Hunderttausend gepa-Bälle machen ein Drittel Prozent

rer Fußbälle besser bezahlt werden?

Der deutsche Fußballbund muß sich zur Kinderarbeit äußern

Im April 1998 sprach der Präsident des Deutschen Fußballbundes, Egidius Braun, der gepa seine Anerkennung für ihren Einsatz gegen die Kinderarbeit bei der Fußballherstellung aus. Einen Einsatz, den der DFB leider nicht unterstützen könne, da er an seinen offiziellen Ausrüster gebunden sei — die Firma adidas. Adidas engagiert sich, wie wir wissen, im Rahmen des Sialkot-Projekts für die Abschaffung der Kinderarbeit bei der Fußballherstellung. Die praktische Arbeit vor Ort leistete u.a. David Husselbee, der Pakistan-Beauftragte der britischen NGO 'Save the Children'. "Die entscheidende Maßnahme gegen Kinderarbeit sind höhere Löhne für ihre Eltern," hatte Herr Husselbee noch 1997 gesagt. Knapp zwei Jahre später wechselte er zu adidas über, als 'Direktor für Sozial- und Umweltfragen.' Dort will er, wie er sagt, darauf hinarbeiten, daß die Firma die Arbeitsbedingungen in ihren Zulieferbetrieben verbessert.

Werden dazu auch angemessene Löhne für die Näherinnen und Näher in Sialkot gehören? Und wird der Deutsche Fußballbund nach gepa-Vorbild bereit sein, ein oder zwei D-Mark mehr für einen Fußball auszugeben, damit die Kinder in Sialkot zur Schule anstatt zur Arbeit gehen können?

Kinderarbeit bei der Herstellung von chirurgischen Instrumenten

Im Punjab-Städtchen Sialkot und den umliegenden Dörfern werden nicht nur Fußbälle produziert, sondern auch chirurgische Instrumente, die nach Regierungsangaben 125 Millionen Dollar jährliche Exporterlöse bringen. Von den 50.000 in dieser Produktion Beschäftigten sind nach Angaben des amerikanischen Gewerkschaftsbund AFL/CIO 7.500 Kinder unter 14 Jahren. Wesentlich mehr und besonders junge Kinder arbeiten bei der Herstellung von Messern und ähnlichem für den einheimischen Markt, für die Sialkot traditionell bekannt ist.

Die für den Export bestimmten chirurgischen Instrumente werden in größeren Fabriken halbfertig zugeschnitten — übrigens aus Stahlblech, das u.a. aus Deutschland importiert wird — und dann zum Schleifen, Feilen und Polieren an Unterauftragnehmer vergeben. In ihren beengten Werkstätten arbeiten Kinder mit Handwerkzeugen, an primitiven Maschinen ohne Sicherheitsvorkehrungen und mit gefährlichen Chemikalien und verdienen dabei etwa einen Dollar pro Tag. Sie tragen weder Atemschutz-

Kinderlied

Die Welt spielt Fußball.
Krumm und mit wunden
Fingern
Nähen wir die Bälle.

Andere spielen.
Zu Hause gibt es kein Brot
Wenn wir nicht nähen.

Ich ging zur Schule.
Der Lehrer schlug mich.
Mein Kopf
War leer vom Nähen.

Spiel und Spaß bringen
Viel Geld. Dafür hat die
Welt uns
Kinder verpfändet.

Blinkendes Messer
Durchschneidet glatt Euren
Wanst
Von mir geschliffen.

Metallstaub verletzt
Mein Auge. Doch Ihr seid
blind
Für meine Tränen.

Verrottete Welt.
Sie taumelt am Abgrund
und
Frißt ihre Kinder.

Gewidmet den Tausenden von
Kindern, die im pakistanischen
Sialkot bei der Herstellung von
Fußbällen und chirurgischen
Instrumenten schufteten

Ulrike Vestring

der jährlich aus Sialkot exportierten Bälle aus, es ist der sprichwörtliche Tropfen auf dem heißen Stein. Ungeachtet seines geringen Umfangs, stellt das erfolgreiche gepa-Konzept den internationalen Sportartikelriesen wie adidas und Nike eine unbequeme Frage: warum sorgen sie nicht dafür, daß die Näher ih-

masken gegen giftigen Metallstaub noch Handschuhe, die sie vor Verletzung und Verbrennung schützen. Die Arbeit gehört zu den schlimmsten Formen der Kinderarbeit im Sinne der neuen ILO-Konvention.

Gemeinsam mit dem Arbeitsministerium der Provinz Punjab, der Herstellervereinigung SIMAP ('Surgical Instrument Manufacturers Association') und lokalen Gewerkschaften entwickelt die IPEC ein Programm zur Abschaffung der Kinderarbeit auf diesem Sektor, das vor allem von italienischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden finanziert wird.

Der 'Internationale Bund freier Gewerkschaften' (IBFG) fordert über seine Mitgliedsorganisation 'Internationale der Öffentlichen Dienste' die multinationalen Firmen, die am Handel mit den Instrumenten aus Sialkot beteiligt sind, zur Unterstützung des IPEC-Programms und zur Zusammenarbeit mit den lokalen Lieferanten auf.

Der 'Internationale Metallgewerkschaftsbund' (IMB) versucht, gemeinsam mit seinen pakistanischen Mitgliedsorganisationen eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Beendigung der Kinderarbeit in Sialkot zu erreichen. Das ist deshalb wenig aussichtsreich, weil die in Kleinstbetrieben beschäftigten Arbeiter und vor allem die Kinder nicht gewerkschaftlich organisiert sind.

Immer wieder fordern die Industrieländer, den Import von Waren zu verbieten, die mit Kinderarbeit hergestellt

werden. Das amerikanische Arbeitsministerium bereitet gegenwärtig Listen solcher Waren vor. In den betroffenen Ländern stößt die Durchsetzung sozialer Mindestnormen durch Einfuhrverbote auf starke Ablehnung. Man verdächtigt die Industrieländer, sich die Konkurrenz von Billigprodukten vom Hals halten zu wollen. Solche brutalen Importverbote wären nur zu rechtfertigen, wenn ihre negativen sozialen Auswirkungen bedacht und durch konkrete Hilfen abgemildert würden.

Pakistan und die Kinderarbeit — Wie soll es weitergehen?

Kinderarbeit in der florierenden Exportindustrie von Sialkot — hier haben die Industriestaaten noch am ehesten Gelegenheit, Einfluß geltend zu machen und wirksame Hilfen zu geben. Ganz anders sieht es landesweit aus. Wie will man die Kinderarbeit im informellen Sektor, in privaten Haushalten, in Cafés und Restaurants, bei der Ziegelherstellung und in der Landwirtschaft überwinden?

Das Massenphänomen der Kinderarbeit in Pakistan hängt eng mit der Armut zusammen; der Kampf gegen die Kinderarbeit muß deshalb Teil der Strategie zur Armutsbekämpfung sein. Kinderarbeit gibt es, weil die sozialen Verhältnisse ausbeuterisch sind und das Land arm ist; und es bleibt arm, wenn Millionen von Kindern arbeiten, statt in die Schule zu gehen. Als Erwachsene ohne

Schulbildung und oft mit beschädigter Gesundheit haben diese Menschen so gut wie keine sozialen Aufstiegschancen; sie und ihre Kinder bleiben im Teufelskreis von Armut und Rechtlosigkeit gefangen. In einer Welt, die zunehmend auf die Handlungsfähigkeit selbstbestimmter Menschen setzt, kann sich keine Gesellschaft eine hohe Zahl ungebildeter und orientierungsloser Mitglieder leisten.

Diese komplexen Zusammenhänge werden von den Intellektuellen Südsasiens klar gesehen und formuliert. Reformversuche scheitern an der ungerechten Gesellschaftsordnung, in der Kinder wie andere Schwächere brutal ausgebeutet werden. In Pakistan kann man das beispielsweise daran ablesen, daß die Schicht ländlicher Feudalherren, die landesweit das Sagen hat, Schulbildung für alle hintertreibt. Die Großgrundbesitzer haben kein Interesse daran, daß ihre Landarbeiter lesen und schreiben können und ihre Rechte kennen. Auch die Besitzenden in den Städten halten wohlfeile Argumente bereit: besser, die Kinder arbeiten, als daß sie auf der Straße herumlungern.

Letzten Endes helfen gegen das Massenphänomen Kinderarbeit keine von außen herangetragenem Erkenntnisse und Hilfsprogramme. Die Einsicht, daß die Entwicklung der Ressource Mensch Voraussetzung für wirtschaftlichen Wohlstand und gesellschaftliche Harmonie ist, und der Wille, entsprechend zu handeln — sie müssen von innen kommen.

Amnesty International macht die pakistanische Regierung für Morde im "Namen der Ehre" verantwortlich

Die pakistanische Regierung unternimmt nichts gegen den Eindruck, daß in der islamischen Religion Ehrverbrechen geduldet oder sogar gutgeheißen werden. Sie unterläßt es, die Öffentlichkeit aufzuklären und Frauen ihre Rechte und Freiheiten zu sichern, die in der Verfassung und den Gesetzen des Staates festgelegt sind. Im jährlichen Bericht von amnesty international (ai) über Pakistan mit dem Titel "Gewalt gegen Frauen im Namen des Islam" wird die ansteigende Gewalt gegen Frauen aufgezeigt. Frauen könnten ihre Menschenrechte nicht wahrnehmen, weil die dafür notwendigen gesetzlichen Bestimmungen, die Durchsetzung von Gesetzen und juristische Strukturen nicht vorhanden seien.

Es würden keine Anstrengungen unternommen, um die Gleichstellung der Frau zu sichern und keine Verfolgung und Bestrafung der Rechtsverletzungen von Frauen und Mädchen erfolgen. Die Inaktivität der Regierung ist besonders nach der Ermordung Saima Imrans in Hina Jillanis Büro in Lahore im April des Jahres in Kritik geraten (siehe dazu 'Südasiens', 4/99 und 5/99). Die Ministerin für Frauenentwicklung, Tehmina Daultana, verkündet zwar von Zeit zu Zeit, die pakistanische Regierung sei um die Wahrung der Rechte der Frauen bemüht, aber es wurden bis jetzt keinerlei Maßnahmen ergriffen, die landesweite Benachteiligung der Frauen zu beseitigen.

Staatsbeamte sind völlig unsensibel im Umgang mit Frauenangelegenheiten. Selbst wenn Frauen von ihren Familien oder Ehemännern ernsthaft bedroht oder verletzt werden, entmutigt die Polizei sie oft, den Fall registrieren zu lassen. Weil jede Ehe- oder Familienzwistigkeit ihnen und ihrer Familie Schande bringt, rät ihnen die Polizei, sich mit der Familie zu versöhnen.

ai fordert Pakistan dringend auf, folgende Massnahmen zu ergreifen:

- gesetzliche Maßnahmen und Einsatz von Strafsanktionen, um Frauen vor Ehrverbrechen zu schützen;
- Ergreifen von präventiven Maßnahmen;
- Ergreifung von Maßnahmen durch die Medien, um die Diskriminierung von Frauen zu beseitigen;
- Errichtung von Frauenhäusern, Beratungs- und Rehabilitationstellen und Unterstützung für Frauen, die bedroht werden.

Susanne Thiel